

Brüssel, den XXX
[...] (2021) XXX draft

ANNEXES 1 to 5

ANHÄNGE

der

MITTEILUNG DER KOMMISSION

Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Förderung von Breitbandnetzen

ANHANG I – KARTIERUNG

1. ANWENDUNGSBEREICH

- (1) Im Anhang werden empfohlene Verfahren dargestellt, wie die Kartierung zur Unterstützung von Beihilfemaßnahmen für den Ausbau von Festnetzen und Mobilfunknetzen durchzuführen ist.
- (2) Ziel ist es, die Transparenz in Bezug auf die Vorgehensweise zur Sammlung und Bewertung von Informationen über die Verfügbarkeit und Leistungsfähigkeit von Netzen zu erhöhen.
- (3) Für feste Zugangsnetze sowie für Mobilfunk-Zugangsnetze und FWA-Netze ist im Anhang Folgendes aufgeführt:
 - i. die zur Kartierung der Leistungsfähigkeit der Netze heranzuziehenden Kriterien und
 - ii. die Informationen, die die zuständigen Behörden erheben können, um die Richtigkeit der bereitgestellten Informationen zu überprüfen, sowie
 - iii. die zusätzlichen Informationen über die Infrastruktur, die die zuständigen Behörden in bestimmten Situationen von den Betreibern anfordern können, wenn dies im Hinblick auf eine eingehende Prüfung hinreichend begründet ist¹.

2. ZIEL UND BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

- (4) Ziel der Kartierung ist es, die bei „Spitzenlastbedingungen“ zuverlässig „erreichbare Leistung“ objektiv darzustellen.
- (5) Die „erreichbare Leistung“ muss zumindest anhand der Download- und der Upload-Geschwindigkeit beschrieben werden, die bei Spitzenlastbedingungen zuverlässig erreicht werden.
- (6) Die für die staatlichen Maßnahmen zuständigen Behörden können bei der Kartierung auch andere Leistungskriterien zur Charakterisierung der Leistungsfähigkeit von Netzen bei Spitzenlastbedingungen heranziehen (z. B. Latenzzeit, Paketverlust, Paketfehler, Verzögerungsschwankung, Dienstverfügbarkeit²). Die Mitgliedstaaten können sich hierzu entscheiden, um die staatlichen Maßnahmen gezielter darauf auszurichten, bestimmten Fällen von Marktversagen zu begegnen und eine angemessene wesentliche Verbesserung zu gewährleisten.
- (7) Die Spitzenlastzeit ist die Tageszeit mit einer typischen Dauer von einer Stunde, in der die Netzauslastung in der Regel ihren Höchststand erreicht³. Die Spitzenlastzeit kann von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat und von Region zu Region unterschiedlich

¹ Diese Informationen sind nach nationalem Recht gegebenenfalls vertraulich zu behandeln.

² Für diese Qualitätskriterien sollten die technischen Spezifikationen des GEREK verwendet werden: IP-Paketfehlerquote (Y.1540), IP-Paketverlustquote (Y.1540), IP-Paketumlaufzeitverzögerung (RFC 2681), IP-Paketverzögerungsvariation (RFC 3393) und IP-Serviceverfügbarkeit (Y.1540).

³ GEREK BoR(20)165.

sein. Folglich sollten die NRB konsultiert werden, um die problematischste Spitzenlastzeit zu ermitteln.

- (8) Die „Spitzenlastbedingungen“ sind die Bedingungen, mit denen das Netz in der Regel in der Spitzenlastzeit konfrontiert ist. Angemessene Spitzenlastbedingungen sind in Abschnitt 3.1 (für feste Zugangsnetze) und in Abschnitt 4.1 (für Mobilfunk-Zugangsnetze und für FWA-Netze) aufgeführt.
- (9) Für Festnetze und für FWA-Netze muss die Kartierung auf Adressenebene erfolgen, und zwar auf der Grundlage der „erschlossenen Gebäude“, und für Mobilfunknetze muss die Kartierung auf Adressenebene oder auf der Grundlage eines Gitternetzes mit einer Gitterfeldgröße von höchstens⁴ 100 m x 100 m⁵ erfolgen.
- (10) Der Begriff „erschlossene Gebäude“ bezeichnet Gebäude, die innerhalb kurzer Zeit gegen Entrichtung der normalen Aktivierungsgebühr für den Endnutzer angeschlossen werden können, unabhängig davon, ob diese Gebäude an das Netz angeschlossen sind oder nicht. Ein Interessenträger kann Gebäude nur dann als erschlossen melden, wenn er sich auf Antrag eines Endnutzers verpflichtet, die Gebäude anzuschließen und den Dienst innerhalb von vier Wochen ab dem Datum des Antrags gegen die normale Aktivierungsgebühr zu aktivieren, d. h. ohne zusätzliche oder außergewöhnliche Kosten und in jedem Fall ohne die durchschnittliche Aktivierungsgebühr in dem betreffenden Mitgliedstaat zu überschreiten.
- (11) Bei der Bereitstellung von Informationen über die Leistungsfähigkeit ihrer Netze sollten die Interessenträger die höchsten wissenschaftlichen und fachlichen Standards erfüllen. Insbesondere sollten das Kartierungsverfahren und die dafür eingesetzte Technologie auf anerkannten fachlichen Standards beruhen.
- (12) Bei der Vorlage der Leistungsdaten müssen die Betreiber alle Engpässe berücksichtigen, die sie daran hindern könnten, die angegebene Leistung tatsächlich zu erreichen (z. B. Backhaul). Sollten die Betreiber nicht bestätigen, dass sie ihre Informationen auf dieser Grundlage vorgelegt haben, unberücksichtigt n, können die Mitgliedstaaten die betreffenden Informationen lassen.
- (13) Was alternative Verfahren zur Durchführung der Kartierung betrifft, so können die Behörden beispielsweise bei paketvermittelten Festnetzen als Alternative vorschlagen, in hinreichend begründeten Fällen einen Auslastungsfaktor von 20 % der am stärksten belasteten (Engpass-)Verbindungen zu verwenden, definiert als durchschnittliche Verkehrsübertragungsrate, geteilt durch die nominale Übertragungsrate zu Spitzenzeiten. Im Fall drahtloser und mobiler Netze können die Behörden ein alternatives Verfahren vorschlagen, das zum Beispiel auf der Berechnung einer Zellenrandwahrscheinlichkeit von 95 % oder der Berechnung einer nominalen Zellenauslastung⁶ von nicht weniger als 50 %⁷ beruht. Unabhängig

⁴ Kleinere Gitterfelder (d. h. 20 m x 20 m) wären vorzuziehen.

⁵ Die Datenübermittlung sollte in Form geografischer (vieleckiger) Gebiete (Radar- und Vektordaten) dargestellt werden.

⁶ Der Begriff „Zellenauslastung“ bezeichnet den durchschnittlichen Prozentsatz der genutzten Ressourcen einer Basisstation, die von Endnutzern für einen bestimmten Dienst genutzt werden.

von dem verwendeten Verfahren müssen in jedem Fall alle Daten zur Leistungsfähigkeit des Netzes gemäß Absatz (8) als Daten bei „Spitzenlastbedingungen“ angegeben werden.

3. EMPFOHLENES VERFAHREN ZUR KARTIERUNG DER GESCHWINDIGKEITEN FESTER ZUGANGSNETZE

3.1. KRITERIEN FÜR DIE KARTIERUNG DER GESCHWINDIGKEITEN FESTER ZUGANGSNETZE

- (14) Für die Zwecke dieses Kartierungsverfahrens müssen die Mitgliedstaaten die Interessenträger auffordern, Informationen über die Geschwindigkeit vorzulegen, die ihr Netz bei Spitzenlastbedingungen bereitstellt.
- (15) „Spitzenlastbedingungen“ liegen per definitionem immer dann vor, wenn mindestens 20 % der Nutzer aktiv sind und gleichzeitig zu der ihnen vom Betreiber bereitgestellten nominalen Spitzenübertragungsrate sowohl im Downstream als auch im Upstream Daten übertragen; dies entspricht der üblichen Definition des Überbuchungsverhältnisses⁸.

3.2. INFORMATIONEN FÜR ÜBERPRÜFUNGSZWECKE – BEWÄHRTE VORGEHENSWEISEN

- (16) Um das Risiko opportunistischer Verhaltensweisen der Interessenträger zu begrenzen und um sicherzustellen, dass die bereitgestellten Informationen ausreichend, konsistent und im Hinblick auf die Vermeidung von Verzögerungen bei der Erbringung von Diensten im Zielgebiet zuverlässig sind, können die zuständigen Behörden, die die Kartierung durchführen, beschließen, von den Interessenträgern zu Überprüfungs Zwecken weitere Informationen über ihre Netze zu verlangen.
- (17) Die zuständigen Behörden können die Interessenträger auffordern, alle erforderlichen Angaben zu dem Verfahren zu übermitteln, das sie zur Berechnung ihrer erreichbaren Leistung verwendet haben, und zwar insbesondere auch:
 - i. die verwendete Zugangsnetztechnologie (FTTH, FTTB, ADSL, VDSL, VDSL + Vectoring DOCSIS x, usw.) unter vollständiger Spezifizierung der entsprechenden Norm;
 - ii. die Topologie des Netzes (z. B. P2P oder P2MP) einschließlich einer vereinfachten Darstellung der physischen Anordnung der Kabel/Glasfaserleitungen (z. B. ein Baumdiagramm für ein passives optisches Gigabit-Netz [Gigabit Passive Optical Network, „GPON“]);
 - iii. die Engpassverbindungen in der Topologie des Netzes, definiert als die Netzsegmente mit einem größeren statistischen Multiplexing-Gewinn,

⁷ Liegt die resultierende Zellenauslastung unter 50 %, so sollten die Betreiber dies gegenüber den zuständigen Behörden ordnungsgemäß begründen.

⁸ Abhängig davon, wie viele Nutzer auf Engpassverbindungen gemultiplext werden und wie hoch ihre Nenngeschwindigkeiten sind, kann ein und dieselbe Netzinfrastruktur den Endnutzern sehr unterschiedliche Leistungsniveaus bieten. Die Leistungsfähigkeit hängt von der Anzahl der gleichzeitig aktiven Nutzer ab (die bei Spitzenlastbedingungen steigt). Ein solcher „statistischer Multiplexing-Gewinn“ (mindestens 20 %, was einer Aktivitätsquote von 1:5 entspricht) setzt auch voraus, dass die Betreiber ausreichend präzise Nutzerverkehrsverteilungsmodelle einsetzen.

einschließlich klarer Informationen über i) das Überbuchungsverhältnis, das für die Dimensionierung einer solchen Verbindung verwendet wird (z. B. im Backhaul-Netz), oder ii) die für solche Engpassverbindungen durchgeführte Kapazitätsplanung. Die Behörde kann in jedem Fall eine statistische Charakterisierung der für einen Endnutzer erreichbaren Geschwindigkeit anfordern (z. B. die durchschnittliche oder typische Geschwindigkeit oder die Wahrscheinlichkeit, dass die dem Endnutzer zu jedem beliebigen Zeitpunkt bereitzustellende Nenngeschwindigkeit erreicht wird, unter Angabe der Annahmen für das Nutzermodell).

3.3. INFORMATIONEN FÜR EINE EINGEHENDE ÜBERPRÜFUNG – BEWÄHRTE VORGEHENSWEISEN

- (18) Zum Zwecke einer eingehenden Überprüfung können die zuständigen Behörden beschließen, von den Interessenträgern weitere Informationen über Netzkomponenten und deren Standorte zu verlangen, zum Beispiel um das Verfahren zu überprüfen, anhand dessen die vorgelegten Daten zur Leistungsfähigkeit berechnet wurden.
- (19) Daher können die zuständigen Behörden die Interessenträger auffordern, weitere Informationen zum Zugangsbereich des Festnetzes vorzulegen, und zwar insbesondere auch:
 - i. die Standorte der Straßenverteilerkästen und die Verkabelungsstrecke vom Straßenverteilerkasten zum Haushalt;
 - ii. klare Informationen über die Berechnung der Leistungsübertragungsbilanz („link budget“) (z. B. wie der Leistungspegel des empfangenen Signals den Bitraten zugeordnet wird, verwendete Leistungsübertragungsbilanzmargen usw.). Die zuständigen Behörden können die Betreiber auffordern, alle für die Konzeption und Dimensionierung der Netzdienste geltenden Leistungsübertragungsbilanzen samt ihren wichtigsten Parametern vorzulegen, einschließlich einer Beschreibung des Verfahrens, anhand dessen der Betreiber die Leistungsübertragungsbilanz aufstellt, sowie der Begründung.

4. EMPFOHLENES VERFAHREN ZUR KARTIERUNG VON MOBILFUNK-ZUGANGSNETZEN UND FWA-NETZEN

4.1. KRITERIEN FÜR DIE KARTIERUNG DER LEISTUNGSFÄHIGKEIT VON MOBILFUNK-ZUGANGSNETZEN UND FWA-NETZEN

- (20) Für die Zwecke dieses Kartierungsverfahrens sollten die Mitgliedstaaten die Interessenträger auffordern, bei der Berechnung der Leistungsfähigkeit ihrer Netze sicherzustellen, dass:
 - i. die bewährten Vorgehensweisen der Branche⁹ unter Berücksichtigung aller

⁹ Der Begriff „bewährte Vorgehensweisen der Branche“ bezeichnet die Modellierungsparameter, Tools, Planung und Fehlergrenzen, die bei der Planung von drahtlosen Kommunikationssystemen und des damit verbundenen Geschäfts üblich sind und bei denen davon ausgegangen werden kann, dass Experten auf

wesentlichen Auswirkungen auf die Ausbreitung von drahtlos übermittelten Signalen¹⁰ genutzt werden;

- ii. die Kalkulation auf eine Zellenrandwahrscheinlichkeit¹¹ von 95 % gestützt wird, dass die angegebene Leistung erreicht wird, und dass die angegebene Leistung an jedem Gitternetzpunkt in jedem Fall mit einer Wahrscheinlichkeit von mindestens 95 % erreicht wird, unter Berücksichtigung möglicher Schwankungen der Ausbreitungsbedingungen aufgrund zufälliger Effekte und möglicher Abweichungen zwischen den Punkten innerhalb des betreffenden Gebiets (d. h. auf Adressenebene oder auf der Grundlage von Gitterfeldern von maximal 100 m x 100 m);
- iii. von folgenden Spitzenlastbedingungen ausgegangen wird:
 - a. bei Mobilfunknetzen von einer nominalen Zellenauslastung¹² von mindestens 50 %¹³ oder höher im Falle eines deutlich höheren Verkehrsaufkommens zu Spitzenzeiten;
 - b. bei FWA-Netzen sollten die zu erwartenden realistischen Verkehrsbedingungen zu Spitzenzeiten herangezogen werden, um die geeignete Zellenauslastung für die Berechnungen abzuleiten¹⁴;
- iv. die Leistung pro Endnutzer und auf der Grundlage von Außenantennen angegeben wird. Wenn sich mehrere Endnutzer eine Empfangsantenne teilen, sollte davon ausgegangen werden, dass die Gesamtleistung zu gleichen Teilen unter den Endnutzern aufgeteilt wird¹⁵;
- v. im Falle einer Abdeckung mit mehreren Technologien¹⁶ und mehreren Frequenzen¹⁷ die Leistungsfähigkeit für die einzelnen Technologien und

diesem Gebiet sie im Falle einer Überprüfung für ausreichend vertrauenswürdig und korrekt erachten würden.

- 10 Wie zum Beispiel Gelände, Gebäude und Clutter (Interferenzen) bei der Vorhersage der empfangenen Signalleistung.
- 11 Die „Zellenrandwahrscheinlichkeit“ bezeichnet die Wahrscheinlichkeit, dass am äußersten Rand des abgedeckten Gebiets (maximale angegebene Abdeckungsstrecke im betrachteten Gebiet) die Mindestleistung erreicht wird. Die Berechnung muss auf realistischen Ausbreitungssimulationen und Leistungsübertragungsbilanz-Berechnungen sowie ausreichenden Margen beruhen.
- 12 Der Begriff „Zellenauslastung“ bezeichnet den durchschnittlichen Prozentsatz der Ressourcen einer Basisstation, die von Endnutzern für einen bestimmten Dienst genutzt werden.
- 13 Liegt die resultierende Zellenauslastung unter 50 %, so sollte dies gegenüber den zuständigen Behörden ordnungsgemäß begründet werden.
- 14 Wird keine Schätzung des Spitzenverkehrsaufkommens herangezogen, so ist für FWA die nominale Zellenauslastung von 90 % zu verwenden. Die (im Vergleich zu Mobilfunknetzen) höhere Zellenauslastung für FWA spiegelt das erwartete unterschiedliche Nutzungsmuster wider, das zu einem stärkeren Wettbewerb um die Nutzung der gemeinsamen Ressourcen der versorgenden Basisstation führt.
- 15 Bei FWA kann dies etwa bei gemeinsamen Dachantennen für ein Mehrfamilienhaus der Fall sein.
- 16 Die Technologien 3G UMTS und HSPA; die Technologien 4G LTE oder LTE-Advanced; bei 5G entweder 3GPP Release 15 (New Radio (NR) nichteigenständig – das Kernnetz ist 4G) und NR eigenständig (das Kernnetz ist 5G)) oder weitere Entwicklungen – 3GPP Release 16 (in Entwicklung) wird neue Spezifikationen für 5G enthalten. Die zuständige Behörde kann und sollte Daten zu den 3GPP-basierten Technologien erheben, um die verwendeten 3GPP-Release-Stufen zu erfahren, aber der übergeordnete Präzisionsgrad ist auch ausreichend.
- 17 Dadurch sollen Frequenzbänder unter 6 GHz und Millimeterwellen-Frequenzbänder getrennt werden, da sie häufig für verschiedene Kategorien von Diensten genutzt werden.

Betriebsfrequenzen unter Berücksichtigung der tatsächlich pro Frequenz verfügbaren Bandbreite angegeben wird. Falls lizenzfreie Frequenzen genutzt werden, sollte dies ausdrücklich angegeben werden.

- (21) Im Einklang mit Randnummer (12) müssen die Betreiber insbesondere Folgendes berücksichtigen:
- i. die Art¹⁸ des Backhaul-Netzes und seine Kapazität für jede Basisstation¹⁹;
 - ii. bei FWA-Netzen: die Anzahl der in jedem Feld des festgelegten Gitternetzes vorhandenen versorgten und erschlossenen Gebäude.

4.2. INFORMATIONEN FÜR ÜBERPRÜFUNGSZWECKE – BEWÄHRTE VORGEHENSWEISEN

- (22) Um das Risiko opportunistischer Verhaltensweisen der Interessenträger zu begrenzen und um sicherzustellen, dass die bereitgestellten Informationen ausreichend, konsistent und im Hinblick auf die Vermeidung von Verzögerungen bei der Erbringung von Diensten im Zielgebiet zuverlässig sind, können die zuständigen Behörden, die die Kartierung durchführen, beschließen, von den Interessenträgern zu Überprüfungszwecken weitere Informationen zu verlangen.
- (23) Daher können die zuständigen Behörden die Interessenträger auffordern, alle erforderlichen Angaben zu dem Verfahren zu übermitteln, das sie zur Berechnung ihrer Abdeckungskarten verwendet haben, und zwar insbesondere auch:
- i. Signalausbreitungsmodelle und Schlüsselparameter für Ausbreitungssimulationen;
 - ii. allgemeine Informationen über Netzkomponenten und insbesondere über Antennen (z. B. Übertragungsleistung, MIMO, Antennenstandorte);
 - iii. Schlüsselinformationen zur Berechnung der Leistungsübertragungsbilanz („link budget“) (z. B. wie der Leistungspegel des empfangenen Signals den Bitraten zugeordnet wird, verwendete Leistungsübertragungsbilanzmargen usw.). Die Interessenträger sollten alle für die Konzeption und Dimensionierung der Netzdienste geltenden Leistungsübertragungsbilanzen samt den wichtigsten Parametern vorlegen, einschließlich einer Beschreibung des Verfahrens, anhand dessen der Interessenträger die Leistungsübertragungsbilanz aufstellt, sowie der Begründung;
 - iv. die Standorte der Funkzellen;
 - v. die Eigenschaften des Backhaul-Netzes.

4.3. INFORMATIONEN FÜR EINE EINGEHENDE ÜBERPRÜFUNG – BEWÄHRTE VORGEHENSWEISEN

- (24) Zum Zwecke einer eingehenden Überprüfung können die zuständigen Behörden beschließen, von den Interessenträgern weitere Informationen über Netzkomponenten und deren Standorte zu verlangen, zum Beispiel um das Verfahren zu überprüfen, anhand dessen die vorgelegten Daten zur

¹⁸ Glasfaser, Kupfer-Ethernet in Netzbetreiberqualität, drahtlos usw.

¹⁹ Bei Glasfaseranschlüssen kann in der Regel davon ausgegangen werden, dass diese ausreichend ist.

Leistungsfähigkeit berechnet wurden. Daher können die zuständigen Behörden die Interessenträger auffordern, weitere Informationen über ihre Netze vorzulegen, und zwar insbesondere auch:

- i. die Anzahl der Sender an jedem Standort;
- ii. die Bodenhöhe dieser Sender;
- iii. die Anzahl der Sektoren jeder Funkzelle;
- iv. die eingesetzte Sendetechnik der Sender, einschließlich der MIMO-Ordnung und der verfügbaren Kanalbandbreite;
- v. die effektive isotrope Sendeleistung jedes Senders.

ANHANG II – STAATLICHE MAßNAHMEN, DIE NICHT IN DEN ANWENDUNGSBEREICH DES ARTIKELS 107 ABSATZ 1 AEUV FALLEN

- (1) Die folgenden Abschnitte enthalten einen umfassenden, aber nicht erschöpfenden Überblick über die Fälle, in denen die vorliegenden Leitlinien keine Anwendung finden. Angesichts des kumulativen Charakters der in Artikel 107 Absatz 1 AEUV genannten Kriterien kann das Vorliegen einer staatlichen Beihilfe ausgeschlossen werden, wenn eines der Kriterien nicht erfüllt ist, sodass die Maßnahme nicht gemäß den vorliegenden Leitlinien bei der Kommission angemeldet werden muss, bevor sie durchgeführt wird.

5. KEINE WIRTSCHAFTLICHE TÄTIGKEIT

- (2) Zuwendungen für Tätigkeiten, die nichtwirtschaftlicher Natur sind²⁰, d. h. die nicht dazu dienen, Waren oder Dienstleistungen auf dem Markt anzubieten, werden nicht als staatliche Beihilfen angesehen. Daher ist die Finanzierung von Infrastruktur, die nicht kommerziell genutzt werden soll, grundsätzlich vom Anwendungsbereich der Beihilfavorschriften ausgenommen. Dies betrifft beispielsweise Fälle, in denen öffentliche Mittel für den Aufbau von Infrastruktur oder die Beschaffung von Breitbanddiensten zur Deckung des Eigenbedarfs der öffentlichen Verwaltung bereitgestellt werden, wie etwa die ausschließliche Vernetzung von Behörden untereinander über nicht kommerziell genutzte „geschlossene Netze“²¹. Die Finanzierung derartiger Tätigkeiten fällt somit ebenso wenig in den Anwendungsbereich der Beihilfavorschriften wie die öffentliche Finanzierung der entsprechenden „geschlossenen Netze“²².
- (3) Wird ein solches Netz (z. B. seine überschüssige Kapazität) jedoch kommerziellen Breitbandinvestoren oder anderen Betreibern zur Nutzung zur Verfügung gestellt, so kann die öffentliche Finanzierung dieser Infrastruktur eine staatliche Beihilfe darstellen. Analog dazu können die Beihilfavorschriften anwendbar sein, wenn ein ursprünglich „geschlossenes Netz“ später für gewerbliche Zwecke zur Verfügung gestellt wird²³. Wenn Behörden beispielsweise einen Dritten als ihren Konnektivitätsdienst-Anbieter auswählen und den Aufbau eines Netzes finanzieren, um ihren Eigenbedarf zu decken, kann eine staatliche Beihilfe vorliegen, wenn dieser Anbieter die Infrastruktur für andere kommerzielle Tätigkeiten nutzt.

²⁰ Siehe Bekanntmachung der Kommission zum Begriff der staatlichen Beihilfe im Sinne des Artikels 107 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union („Bekanntmachung zum Begriff der staatlichen Beihilfe“) (ABl. C 262 vom 19.7.2016, S. 1), Rn. 201 ff.

²¹ Siehe Beschluss C(2007) 2212 final der Kommission vom 30. Mai 2007 in der Sache N 46/07 – Vereinigtes Königreich – Welsh Public Sector Network Scheme (Breitbandvorhaben für den öffentlichen Sektor in Wales) (ABl. C 157 vom 10.7.2007, S. 3).

²² Siehe Urteil des Gerichtshofs vom 19. Dezember 2012, Mitteldeutsche Flughafen und Flughafen Leipzig-Halle/Kommission, C-288/11 P, ECLI:EU:C:2012:821, Rn. 42; Beschluss C(2007) 2212 final der Kommission vom 30. Mai 2007 in der Sache N 46/07 – Vereinigtes Königreich – Welsh Public Sector Network Scheme (Breitbandvorhaben für den öffentlichen Sektor in Wales) (ABl. C 157 vom 10.7.2007, S. 3).

²³ Siehe Beschluss C(2011) 3498 final der Kommission vom 23. Mai 2011 in der Sache SA.31687 (N 436/2010) – Italien – Broadband in Friuli Venezia Giulia (Project Hermes) [Breitband in Friaul-Julisch Venetien (Hermes-Programm)] (ABl. C 274 vom 17.9.2011, S. 3), und Beschluss C(2010) 5696 der Kommission vom 11. August 2010 in der Sache N 407/09 – Spanien – Optical fibre Catalonia (Xarxa Oberta) [Glasfasernetz in Katalonien (Xarxa Oberta)] (ABl. C 259 vom 25.9.2010, S. 1).

- (4) Wird Breitbandinfrastruktur sowohl für wirtschaftliche als auch für nichtwirtschaftliche Tätigkeiten genutzt, so fällt deren öffentliche Finanzierung nur insoweit unter die Beihilfavorschriften, wie sie die mit den betreffenden wirtschaftlichen Tätigkeiten verbundenen Kosten deckt²⁴. Um zu vermeiden, dass eine Maßnahme unter die Beihilfavorschriften für wirtschaftliche Tätigkeiten fällt, müssen die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass die für die nichtwirtschaftlichen Tätigkeiten bereitgestellten öffentlichen Mittel nicht zur Quersubventionierung der wirtschaftlichen Tätigkeiten des Unternehmens verwendet werden können, indem sie beispielsweise sicherstellen, dass der Betreiber, der das Netz zu gewerblichen Zwecken nutzt, für diese Nutzung des Netzes einen Marktpreis zahlt, und indem sie die öffentliche Finanzierung auf die Nettokosten (einschließlich der Kapitalkosten) der nichtwirtschaftlichen Tätigkeiten beschränken, die anhand einer klar getrennten Buchführung ermittelt werden müssen²⁵.

6. KEINE STAATLICHEN MITTEL / KEINE SELEKTIVITÄT

6.1. NICHTMONETÄRE NACHFRAGESEITIGE MAßNAHMEN

- (5) Die Mitgliedstaaten können die Nachfrage nach Breitbanddiensten durch nichtmonetäre nachfrageseitige Maßnahmen fördern. Nichtmonetäre nachfrageseitige Maßnahmen stellen grundsätzlich keine staatliche Beihilfe dar. Sie können verschiedene Formen annehmen:
- (6) Es kann sich um Maßnahmen handeln, die darauf abzielen, den wahrgenommenen Wert eines Breitbandinternetzugangs zu erhöhen, indem andere Aspekte der Breitbandnachfrage als der Preis angesprochen werden. Solche Maßnahmen zielen in der Regel darauf ab, entweder die Qualität der verfügbaren Inhalte zu erhöhen²⁶ oder die Verbraucher darüber zu informieren, wie diese genutzt werden können.
- (7) Nichtmonetäre nachfrageseitige Maßnahmen können auch in Form von Instrumenten zur Nachfragebündelung erfolgen, die eingesetzt werden können, um für die potenziellen Anbieter die Unsicherheit in Bezug auf die Größe eines Marktes zu verringern, die Nachfrage zu koordinieren und mehr Gewissheit über die wahrscheinlichen Gewinne eines Einstiegs in einen bestimmten Markt zu schaffen. Dies kann geschehen, indem zunächst anhand von Umfragen die potenzielle Nachfrage gemessen wird und anschließend die Ergebnisse der Erhebungen auf einer öffentlich zugänglichen Website der Behörden vorgestellt werden. Dies kann vor der Einführung durch einen Nachweis für das grundsätzliche Interesse von Nutzern flankiert werden, beispielsweise über Dienstplattformen, um ein bestimmtes

²⁴ Siehe Beschluss der Kommission C(2010) 5696 vom 11. August 2010 in der Sache N 407/09 – Spanien – Optical fibre Catalonia (Xarxa Oberta) [Glasfasernetz in Katalonien (Xarxa Oberta)] (ABl. C 259 vom 25.9.2010, S. 1). Siehe auch Randnummer 205 der Bekanntmachung zum Begriff der staatlichen Beihilfe.

²⁵ Siehe Rn. 206 der Bekanntmachung zum Begriff der staatlichen Beihilfe. Investitionsausgaben (und die damit verbundenen Abschreibungen), die sowohl für nichtwirtschaftliche als auch für wirtschaftliche Tätigkeiten verwendet werden, müssten auf der Grundlage der maßgeblichen Verteilungsschlüssel zwischen den beiden Tätigkeiten aufgeteilt werden.

²⁶ Dies kann Folgendes umfassen: i) die Förderung von E-Government-Programmen (z. B. Telemedizin, eCare, Fernunterricht, IKT in Schulen); ii) die Förderung lokaler und sektoraler digitaler Inhalte (z. B. Kulturerbe, Tourismus, Bildungsinhalte, lokale Landwirtschaft/Lebensmittelprodukte usw.); iii) die Erhöhung der Internetsicherheit und des Datenschutzes sowie die Festlegung von Qualitäts- oder Werbestandards.

Nachfrageniveau zu verifizieren und die Nachfrage zu bündeln, bevor öffentliche oder private Investitionen getätigt werden. Die Nutzer können auch die Option haben, sich durch Bottom-up- oder Selbsthilfe-Investitionsmodelle wie Genossenschaften an einem Vorhaben zu beteiligen. Diese Informationen sollten allen Betreibern diskriminierungsfrei zur Verfügung gestellt werden. Werden die Daten zu der auf diese Weise gebündelten Nachfrage jedoch nur einem einzigen Betreiber oder ausgewählten Betreibern zur Verfügung gestellt, zum Beispiel durch Bündelung von Kunden in einem einzigen Vertrag oder durch Aufnahme eines Verpflichtungselements für die Nutzer, sich vertraglich an einen einzigen oder wenige Betreiber zu binden, so kann dies dazu führen, dass eine staatliche Beihilfe zugunsten dieser Betreiber vorliegt.

6.2. VERWALTUNGS- UND REGULIERUNGSMAßNAHMEN

- (8) Die Mitgliedstaaten können neben direkten Zuwendungen für Unternehmen verschiedene Arten von Maßnahmen ergreifen, um den Ausbau von Breitbandnetzen, einschließlich 5G-Netzen, zu beschleunigen²⁷. Sie können entsprechend ihren rechtlichen Verpflichtungen (oder darüber hinausgehend) beispielsweise das Verfahren zur Gewährung von Wegerechten²⁸ erleichtern und/oder vorschreiben, dass die Netzbetreiber einen Teil ihrer Infrastruktur gemeinsam nutzen. Des Weiteren können die Mitgliedstaaten im Einklang mit den Regulierungsvorschriften verlangen, dass den Betreibern Zugang zu der von öffentlichen Stellen kontrollierten physischen Infrastruktur gewährt wird, die Hochgeschwindigkeits-Netzelemente aufnehmen kann²⁹.
- (9) Betreiber, die sehr schnelle Hochgeschwindigkeitsnetze aufbauen wollen, können die Betreiber von elektronischen Kommunikations-, Gas-, Strom-, Heizungs- und Wasserversorgungsnetzen, die ganz oder teilweise mit öffentlichen Mitteln finanzierte Bauarbeiten durchführen, auffordern, zumutbaren Aufforderungen zur Koordinierung der Bauarbeiten nachzukommen, sofern dies nicht mit zusätzlichen Kosten verbunden ist und die Kontrolle über die Koordinierung der Bauarbeiten nicht beeinträchtigt³⁰. Eine solche Koordinierung stellt keine staatliche Beihilfe dar, sofern der anfragende Betreiber seine eigenen Kosten selbst trägt und die Möglichkeit transparent und diskriminierungsfrei allen interessierten Betreibern (d. h. Strom-, Gas-, Wasserversorgungsunternehmen usw.) geboten wird und nicht

²⁷ Wie auch in der Empfehlung der Kommission zum Konnektivitätsinstrumentarium erläutert: Empfehlung der Kommission vom 18.9.2020 für ein gemeinsames Instrumentarium der Union zur Senkung der Kosten des Aufbaus von Netzen mit sehr hoher Kapazität und zur Gewährleistung eines raschen und investitionsfreundlichen Zugangs zu 5G-Funkfrequenzen im Hinblick auf die Förderung der Konnektivität zur Unterstützung der wirtschaftlichen Erholung von der COVID-19-Krise in der Union (C(2020) 6270 final).

²⁸ Die Richtlinie zur Senkung der Breitbandkosten (Richtlinie 2014/61/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über Maßnahmen zur Reduzierung der Kosten des Ausbaus von Hochgeschwindigkeitsnetzen für die elektronische Kommunikation (ABl. L 155 vom 23.5.2014, S. 1)) sieht schnellere, einfachere und transparentere Genehmigungsverfahren vor.

²⁹ Gemäß der Richtlinie zur Senkung der Breitbandkosten sollten neue Gebäude mit physischer Hochgeschwindigkeitsinfrastruktur (wie zum Beispiel kleinen Leerrohren) ausgestattet werden und mit einem Zugangspunkt ausgestattet werden, über den der Anbieter Zugang zur gebäudeinternen Infrastruktur hat.

³⁰ Bauarbeiten wie zum Beispiel das Aufgraben von Straßen zur Verlegung von Hochgeschwindigkeits-Breitbandkabeln machen bis zu 80 % der Kosten für den Ausbau von Hochgeschwindigkeitsnetzen aus.

nur den Betreibern elektronischer Kommunikationsdienste³¹. Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass die öffentliche Finanzierung solcher Arbeiten eine staatliche Beihilfe darstellen kann, wenn sie sich auf den Breitbandsektor oder auf einen oder mehrere ausgewählte Breitbandanbieter beschränkt oder eindeutig auf diese ausgerichtet ist.

- (10) Um den Zugang zu bestehender physischer Infrastruktur auf transparente Weise zu erleichtern, haben die Anbieter öffentlicher Kommunikationsnetze das Recht, dass ihnen auf Anfrage Zugang zu Mindestinformationen über Standort und Streckenverlauf, Art und derzeitige Nutzung der Infrastruktur gewährt sowie ein Ansprechpartner genannt wird.
- (11) Die Empfehlung zum Konnektivitätsinstrumentarium enthält Hinweise zur Ausarbeitung bewährter Vorgehensweisen zur Förderung der Konnektivität, die auf der Richtlinie zur Senkung der Breitbandkosten und den Bestimmungen des europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation aufbauen und darauf abzielen, die Maßnahmen zu ermitteln, durch die es den Betreibern am effizientesten ermöglicht und erleichtert werden kann, Netze mit sehr hoher Kapazität aufzubauen. Am 25. März 2021 verabschiedete die Kommission ein gemeinsames Konnektivitätsinstrumentarium der Union³², das aus einer Reihe bewährter Vorgehensweisen besteht, die als die effizientesten Maßnahmen gelten, durch die es Betreibern ermöglicht und erleichtert werden kann, Netze mit sehr hoher Kapazität aufzubauen.

7. KEIN VORTEIL

7.1. MARKTKONFORME INVESTITIONEN

- (12) Investiert eine Behörde zu vergleichbaren Bedingungen wie ein unter normalen Marktbedingungen handelnder privater Investor und im Einklang mit dem Grundsatz des marktwirtschaftlich handelnden Wirtschaftsbeteiligten in den Ausbau der Breitbandinfrastruktur, so liegt keine staatliche Beihilfe vor³³.

³¹ Siehe zum Beispiel Beschluss K(2010) 889 der Kommission vom 8. Februar 2010 in der Sache N 383/09 – Deutschland – Änderung der Breitbandbeihilferegelung N 150/2008 – Breitbandversorgung ländlicher Räume im Freistaat Sachsen (ABl. C 93 vom 13.4.2010, S. 8). In dieser Sache stellten allgemeine Bauarbeiten wie Straßeninstandhaltungsarbeiten keine staatliche Beihilfe dar. Bei den von den deutschen Behörden durchgeführten Maßnahmen handelte es sich um „allgemeine Baumaßnahmen“, die der Staat in jedem Fall zu Instandhaltungszwecken durchgeführt hätte. Die Möglichkeit zur Verlegung von Leerrohren und Breitbandinfrastruktur im Zuge von Straßeninstandhaltungsmaßnahmen – auf Kosten der Betreiber – wurde öffentlich bekannt gegeben und nicht auf den Breitbandsektor beschränkt oder auf diesen ausgerichtet. Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass die öffentliche Finanzierung solcher Baumaßnahmen eine Beihilfe im Sinne des Artikels 107 Absatz 1 AEUV darstellt, wenn die Maßnahmen auf den Breitbandsektor beschränkt oder eindeutig auf ihn ausgerichtet sind.

³² <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/news/connectivity-toolbox-member-states-agree-best-practices-boost-timely-deployment-5g-and-fibre>.

³³ Nähere Angaben dazu in Abschnitt 4.2 der Bekanntmachung zum Begriff der staatlichen Beihilfe. Es sei darauf hingewiesen, dass nur die Vorteile und Verpflichtungen, die mit der Rolle des Staates als Wirtschaftsteilnehmer zusammenhängen, berücksichtigt werden können, nicht aber solche, die mit seiner Rolle als Träger öffentlicher Gewalt verbunden sind (wenn z. B. ein staatliches Eingreifen aus politischen Gründen wie zum Beispiel zur Überbrückung der digitalen Kluft erfolgt, kann das Verhalten des Staates

- (13) Nach der Rechtsprechung des Gerichtshofs lässt sich aus dem Gleichbehandlungsgrundsatz ableiten, dass Kapital, das der Staat einem Unternehmen unmittelbar oder mittelbar zu Bedingungen zur Verfügung stellt, die normalen Marktbedingungen entsprechen, nicht als staatliche Beihilfe angesehen werden kann. Wenn Kapitalbeteiligungen oder Kapitalzuführungen eines öffentlichen Investors selbst langfristig nur unzureichende Gewinnaussichten bieten, sind solche Maßnahmen hingegen als Beihilfen im Sinne des Artikels 107 AEUV anzusehen, und ihre Vereinbarkeit mit dem Binnenmarkt ist allein auf der Grundlage der in dieser Bestimmung festgelegten Kriterien zu bewerten³⁴.
- (14) Die Konformität mit den Marktbedingungen müsste ex ante³⁵ auf der Grundlage der zum Zeitpunkt der Entscheidung über die Maßnahme verfügbaren Informationen festgestellt werden (z. B. anhand eines Geschäftsplans, der auf wirtschaftlichen Bewertungen beruht, die mit denen vergleichbar sind, die ein vernünftiger, marktwirtschaftlich handelnder Wirtschaftsbeteiligter unter ähnlichen Umständen vorgenommen hätte, um die Rentabilität oder die wirtschaftlichen Vorteile der Transaktion zu ermitteln). Die Marktkonformität einer Transaktion kann direkt mittels transaktionsspezifischer Marktinformationen festgestellt werden, wenn die Transaktion von öffentlichen Stellen und privaten Wirtschaftsbeteiligten zu gleichen Bedingungen („pari passu“) durchgeführt wird³⁶ oder wenn sie den Verkauf und Kauf von Vermögenswerten, Waren und Dienstleistungen (oder andere vergleichbare Transaktionen) in einem wettbewerblichen, transparenten, diskriminierungsfreien und bedingungsfreien Ausschreibungsverfahren betrifft³⁷. Erfolgt die Maßnahme der öffentlichen Stelle nicht zu gleichen Bedingungen („pari passu“) wie die Tätigkeit privater Betreiber oder wurde eine Transaktion nicht im Wege einer Ausschreibung durchgeführt, so kann durch Benchmarking³⁸ oder andere Bewertungsmethoden³⁹ nachgewiesen werden, dass die Transaktion

zwar aus politischer Sicht sinnvoll sein, gleichzeitig aber auch Erwägungen beinhalten, die ein marktwirtschaftlich handelnder Wirtschaftsteilnehmer normalerweise nicht berücksichtigen würde).

³⁴ Urteil des Gerichtshofs vom 21. März 1991, Italienische Republik/Kommission, C-303/88, ECLI:EU:C:1991:136, Rn. 20–22.

³⁵ Ex post vorgenommene wirtschaftliche Beurteilungen, die rückblickend feststellen, dass die von dem betreffenden Mitgliedstaat getätigte Investition tatsächlich rentabel war, wären nicht ausreichend.

³⁶ Siehe Rn. 86 bis 88 der Bekanntmachung zum Begriff der staatlichen Beihilfe. Bei der Prüfung, ob eine Pari-passu-Transaktion vorliegt, sollte insbesondere berücksichtigt werden, a) ob die Maßnahmen der öffentlichen Stellen und der privaten Wirtschaftsbeteiligten gleichzeitig beschlossen und durchgeführt werden oder ob zwischen diesen Maßnahmen eine gewisse Zeit vergangen ist und sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen geändert haben; b) ob die Bedingungen der Transaktion für die öffentlichen Stellen und alle beteiligten privaten Wirtschaftsbeteiligten dieselben sind, wobei auch die Möglichkeit, das Risiko im Laufe der Zeit zu erhöhen oder zu senken, zu berücksichtigen ist; c) ob die Maßnahme der privaten Wirtschaftsbeteiligten von realer wirtschaftlicher und nicht nur von symbolischer oder marginaler Bedeutung ist und d) ob die Ausgangsposition der öffentlichen Stellen und der beteiligten privaten Wirtschaftsteilnehmer in Bezug auf die Transaktion vergleichbar ist, wenn man beispielsweise ihr bisheriges wirtschaftliches Engagement bei den betreffenden Unternehmen, die möglicherweise erreichbaren Synergien, den Umfang, in dem die verschiedenen Investoren ähnliche Transaktionskosten tragen, oder sonstige Umstände berücksichtigt, die für die öffentliche Stelle und den privaten Wirtschaftsbeteiligten spezifisch sind und den Vergleich verzerren könnten.

³⁷ Siehe Rn. 89 bis 96 der Bekanntmachung zum Begriff der staatlichen Beihilfe.

³⁸ Benchmarking unter Berücksichtigung der Bedingungen, unter denen vergleichbare Transaktionen von vergleichbaren privaten Wirtschaftsteilnehmern in vergleichbaren Situationen getätigt wurden. Siehe Rn. 98 bis 100 der Bekanntmachung zum Begriff der staatlichen Beihilfe.

³⁹ Siehe Rn. 100 bis 105 der Bekanntmachung zum Begriff der staatlichen Beihilfe.

marktkonform ist. Zur Feststellung, ob Darlehens- und Garantiebedingungen marktkonform sind, sind spezifische Erwägungen anzustellen⁴⁰.

- (15) In Bezug auf den Breitbandsektor⁴¹ hat die Kommission in ihrer Beschlusspraxis klargestellt, dass die Marktkonformität einer öffentlichen Investition nachgewiesen werden kann⁴², wenn sie zum Beispiel gleichzeitig⁴³ und zu gleichen Bedingungen (und somit mit denselben Chancen und Risiken) getätigt wird wie eine wirtschaftlich signifikante Beteiligung eines privaten Wirtschaftsakteurs (z. B. am Kapital, Gesamtbetrag, Anteil an den Gesamtkosten) einer vergleichbaren Größe und in einer vergleichbaren Situation, der sein Geschäft unter normalen marktwirtschaftlichen Bedingungen betreibt („gleichzeitige Beteiligung“). Die Gleichzeitigkeitsanalyse ist ein, aber nicht unbedingt das einzige Element zur Feststellung des Nichtvorliegens einer staatlichen Beihilfe. Andere Elemente sind ebenfalls relevant, wie zum Beispiel das Vorliegen eines soliden (vorzugsweise von externen Sachverständigen validierten) Ex-ante-Geschäftsplans, aus dem hervorgeht, dass die Investition eine angemessene Rendite für den Investor/die Investoren bietet, die der normalen Marktrendite entspricht, die ein Wirtschaftsteilnehmer bei ähnlichen Vorhaben in Anbetracht des Risikoniveaus und der künftigen Erwartungen (auf der Grundlage einer Berechnung des internen Zinsfußes der Investition oder von Berechnungen des

⁴⁰ Siehe Rn. 108 bis 114 der Bekanntmachung zum Begriff der staatlichen Beihilfe.

⁴¹ Siehe Beschluss C (2007) 6072 final der Kommission vom 11. Dezember 2007 in der Sache C-53/2006 (ex N 262/2005, ex CP 127/2004) – Niederlande – Citynet Amsterdam (ABl. L 247 vom 16.9.2008, S. 27) und Beschluss C(2012) 5051 final der Kommission vom 25. Juli 2012 in der Sache SA.33063 – Italien – Trentino NGA (ABl. C 323 vom 24.10.2012, S. 6). In der Sache „Citynet Amsterdam“ bestätigte die Kommission, dass die Investition der Stadt Amsterdam in ein Glasfasernetz (FTTH) keine staatliche Beihilfe darstellt. In der Sache „Trentino“ äußerte die Kommission erhebliche Zweifel daran, dass das Vorhaben die Kriterien erfüllt, um als marktkonform gelten zu können. Das im Jahr 2012 bei der Kommission angemeldete Vorhaben Trentino NGN betraf eine öffentlich-private Partnerschaft zwischen der Provinz Trient und Telecom Italia (TI) zum Aufbau eines Netzes der nächsten Generation (NGN) einschließlich FTTH in entlegenen Gebieten der Provinz. Die Provinz Trient leistete eine Bareinlage in Höhe von 50 Mio. EUR, während TI Sacheinlagen erbringen würde, darunter 1) umgehend unentziehbare Nutzungsrechte (Indefeasible Rights of Use, IRU) für ihre bestehende passive Infrastruktur (Leerrohre und Pfähle) sowie 2) das Eigentum am gesamten Kupferleitungsnetz mit der Aussicht, die Kunden in das aufzubauende neue FTTH-Netz zu migrieren. Zwei weitere Anteilseigner traten dem Projekt mit geringeren finanziellen Beteiligungen bei. Sechs Jahre nach dem ersten Beitrag bzw. nach Erreichen einer bestimmten Anzahl von im neuen Netz aktivierten Anschlüssen sollte TI die Möglichkeit erhalten, eine Kaufoption auszuüben und das vollständige Eigentum an Trentino NGN zu erwerben. Darüber hinaus sollte Telecom Italia als Dienstleister für Trentino NGN für den Aufbau und Betrieb des Netzes und die Erbringung von Konnektivitätsdiensten benannt werden. Die Kommission hatte insbesondere Zweifel, ob a) die Sacheinlagen der Telecom Italia marktkonform bewertet wurden und keine verborgenen Vorteile für TI beinhalteten, wobei sich die Zweifel vor allem auf den Wert des abzuschaltenden Kupferleitungsnetzes bezogen; b) separate Verträge, mit denen TI als Erbringer von Dienstleistungen für Trentino NGN und von Konnektivitätsdiensten für Endnutzer benannt wurde, verborgene Vorteile enthielten; c) das Vorhaben aus Sicht eines marktwirtschaftlich handelnden Investors tatsächlich rentabel war und d) die der Telecom Italia zuerkannte Kaufoption die Rendite der autonomen Provinz Trient nicht auf ein Niveau beschränkt hat, das ein privater Investor in Anbetracht des Risikos, das die Provinz als Finanzinvestor für das Vorhaben eingegangen ist, nicht akzeptiert hätte.

⁴² Siehe Beschluss C(2007) 6072 final der Kommission vom 11. Dezember 2007 in der Sache C-53/2006 (ex N 262/2005, ex CP 127/2004) – Niederlande – Citynet Amsterdam (ABl. L 247 vom 16.9.2008, S. 27).

⁴³ Das Vorliegen aufeinanderfolgender staatlicher Maßnahmen in Bezug auf ein und dasselbe Breitbandinfrastrukturvorhaben könnte die Schlussfolgerung entkräften, dass eine ähnliche Maßnahme auch von einem marktwirtschaftlich handelnden Investor durchgeführt worden wäre. Siehe hierzu Rn. 81 der Bekanntmachung zum Begriff der staatlichen Beihilfe.

Kapitalwerts) vernünftigerweise erwartet würde⁴⁴. Wie in der Beschlusspraxis betont, ist es – wenn private Investoren an dem Vorhaben beteiligt sind – eine unabdingbare Voraussetzung, dass sie das mit der Investition verbundene wirtschaftliche Risiko zu denselben Bedingungen wie der öffentliche Investor tragen müssten, damit die öffentliche Investition nicht unter die Beihilfevorschriften fällt⁴⁵. Dies würde auch für andere Formen staatlicher Unterstützung wie zinsvergünstigte Darlehen oder Garantien gelten⁴⁶.

- (16) Staatliche Maßnahmen, die mit dem Grundsatz des marktwirtschaftlich handelnden Wirtschaftsbeteiligten im Einklang stehen, können für verschiedene Netzausbauvorhaben relevant sein, insbesondere in städtischen/stadtnahen Gebieten, in denen ein hinreichend rentables Geschäftsszenario vorliegt, um unter normalen Marktbedingungen eine glaubwürdige kommerzielle Investition privater und öffentlicher Partner zu ermöglichen. So können die Mitgliedstaaten beispielsweise in Stadtgebieten und an wichtigen Landverkehrswegen, wo der Ausbau von 5G-Netzen private Finanzierungsmittel anziehen könnte, prüfen, inwieweit sich private Betreiber und öffentliche Stellen unter normalen Marktbedingungen an einem 5G-Mobilfunkausbauvorhaben oder einem 5G-Korridor beteiligen könnten, sodass keine staatliche Beihilfe vorliegen würde. Solche Vorhaben können in Form eines Gemeinschaftsunternehmens (Joint Venture) oder der Einrichtung von Kapitalbeteiligungsprogrammen oder -fonds⁴⁷ zur Unterstützung von Betreibern beim Aufbau neuer oder bei der Modernisierung bestehender Netze mit dem übergeordneten Ziel erfolgen, zusätzliche private Investitionen anzuziehen. Derartige Maßnahmen würden keine staatliche Beihilfe darstellen, wenn sie marktkonform konzipiert sind.

a. Betrieb einer im Einklang mit den Altmark-Kriterien als Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI) eingestuften Breitbandinfrastruktur

- (17) In bestimmten Fällen können Mitgliedstaaten die Auffassung vertreten, dass die Bereitstellung eines elektronischen Kommunikationsnetzes als Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (im Folgenden „DAWI“) im Sinne des Artikels 106 Absatz 2 AEUV⁴⁸ und des Altmark-Urteils betrachtet werden sollte,

⁴⁴ Weitere Informationen hierzu finden sich in Abschnitt 4.2 und insbesondere unter den Rn. 101 bis 105 der Bekanntmachung zum Begriff der staatlichen Beihilfe. Siehe auch Beschluss C(2012) 3025 final der Kommission vom 8. Mai 2012 in der Sache SA.22668 (C 8/2008 (ex NN 4/2008)) – Spanien – Ciudad de la Luz Filmstudios (ABl. L 85 vom 23.3.2013, S. 1) und Beschluss C(2012) 5051 final der Kommission vom 25. Juli 2012 in der Sache SA.33063 – Italien – Trentino NGA (ABl. C 323 vom 24.10.2012, S. 6).

⁴⁵ Siehe Rn. 17 der Breitbandleitlinien von 2013.

⁴⁶ Mitteilung der Kommission über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf staatliche Beihilfen in Form von Haftungsverpflichtungen und Bürgschaften (ABl. C 155 vom 20.6.2008, S. 10) und Berichtigung dieser Mitteilung (ABl. C 244 vom 25.9.2008, S. 32).

⁴⁷ Siehe Rn. 108 bis 114 der Bekanntmachung zum Begriff der staatlichen Beihilfe.

⁴⁸ Laut Rechtsprechung muss einem Unternehmen, das mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut ist, diese Aufgabe durch einen hoheitlichen Akt übertragen worden sein. In diesem Sinne kann ein Betreiber mit einer Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut werden, indem ihm eine Konzession zur Erbringung öffentlicher Dienste erteilt wird; siehe Urteil des Gerichts erster Instanz vom 13. Juni 2000, EPAC – Empresa para a Agroalimentação e Cereais, SA/Kommission, verbundene Rechtssachen T-204/97 und T-270/97, ECLI:EU:T:2000:148, Rn. 126, und Urteil des Gerichts erster Instanz vom 15. Juni 2005, Fred Olsen, SA/Kommission, T-17/02, ECLI:EU:T:2005:218, Rn. 186, 188–189.

und auf dieser Grundlage eine öffentliche Förderung gewähren. In diesem Fall ist es ausgeschlossen, dass diese Förderung als staatliche Beihilfe eingestuft wird.

- (18) Der Ausgleich für die Erbringung von als DAWI definierten Breitbanddiensten stellt keine staatliche Beihilfe dar, wenn die folgenden vier Kriterien (sogenannte Altmark-Kriterien)⁴⁹ kumulativ erfüllt sind:
- Erstens muss das Infrastrukturvorhaben für die Erbringung echter Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erforderlich sein, für deren Erbringung das begünstigte Unternehmen mit der Erfüllung klar definierter gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen betraut wurde; im Breitbandbereich schließt dies die Einhaltung der in Abschnitt 3 der Leitlinien festgelegten Voraussetzungen für die Definition der DAWI ein.
 - Zweitens sind die Parameter, anhand deren der Ausgleich berechnet wird, zuvor objektiv und transparent aufzustellen; im Breitbandbereich sollte der Ausgleich vorab festgelegt werden, um die erwartete Finanzierungslücke für einen bestimmten Zeitraum zu schließen⁵⁰.
 - Drittens darf der Ausgleich nicht über das hinausgehen, was erforderlich ist, um die Kosten der Erfüllung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen unter Berücksichtigung der dabei erzielten Einnahmen und eines angemessenen Gewinns aus der Erfüllung dieser Verpflichtungen ganz oder teilweise zu decken; im Breitbandbereich sollte der Ausgleich auf die Bereitstellung von Diensten für den Zugang auf Vorleistungsebene beschränkt sein.
 - Wenn viertens die Wahl des Unternehmens, das mit der Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen betraut werden soll, nicht im Rahmen eines Verfahrens zur Vergabe öffentlicher Aufträge erfolgt, das die Auswahl desjenigen Bieters ermöglicht, der diese Dienste zu den geringsten Kosten für die Allgemeinheit erbringen kann, so ist die Höhe des Ausgleichs auf der Grundlage einer Analyse der Kosten eines durchschnittlichen, gut geführten Unternehmens zu bestimmen⁵¹.
- (19) Ist mindestens eines der oben genannten Kriterien nicht erfüllt, so stellt die staatliche Maßnahme eine staatliche Beihilfe im Sinne des Artikels 107 AEUV dar. In diesen Fällen sollte die Beihilfe unter Berücksichtigung der in Abschnitt 3 der Leitlinien

⁴⁹ Siehe Urteil des Gerichtshofs vom 24. Juli 2003, Altmark Trans und Regierungspräsidium Magdeburg, C-280/00, ECLI:EU:C:2003:415, und Mitteilung der Kommission über die Anwendung der Beihilfavorschriften der Europäischen Union auf Ausgleichsleistungen für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (ABl. C 8 vom 11.1.2012, S. 4).

⁵⁰ Siehe Beschluss C(2016) 7005 final der Kommission vom 7. November 2016 in der Sache SA.37183 (2015/NN) – Frankreich – Plan France Très Haut Débit (Nationales Programm für Hochgeschwindigkeitsnetze) (ABl. C 68 vom 3.3.2017, S. 1).

⁵¹ In einigen Breitband-Sachen hat die Kommission das Nichtvorliegen einer staatlichen Beihilfe aufgrund der Erfüllung der Altmark-Kriterien anerkannt, z. B. im Beschluss C(2004) 4343 final der Kommission vom 16. November 2004 in der Sache N 381/2004 – Frankreich – Projet de réseau de télécommunications haut débit des Pyrénées Atlantiques (Errichtung eines Hochleistungsstelekkommunikationsnetzes in den westlichen Pyrenäen) (ABl. C 162 vom 2.7.2005, S. 5), Beschluss C (2009) 7426 final der Kommission vom 30. September 2009, SA.21630 (N 331/2008) – Frankreich – Réseau à très haut débit en Hauts-de-Seine (Hochleistungsnetz im Département Hauts-de-Seine) (ABl. C 256 vom 23.9.2010, S. 1) und Beschluss der Kommission C(2016) 7005 final vom 7. November 2016 in der Sache SA.37183 (2015/NN) – Frankreich – Plan France Très Haut Débit (Nationales Programm für Hochgeschwindigkeitsnetze) (ABl. C 68 vom 3.3.2017, S. 1).

genannten besonderen Voraussetzungen im Hinblick auf die Vereinbarkeitskriterien des DAWI-Beschlusses oder des DAWI-Rahmens geprüft werden⁵².

7.2. ALLGEMEINE VERWALTUNGSMAßNAHMEN FÜR VERBRAUCHER

- (20) Unter bestimmten Voraussetzungen kann ausgeschlossen werden, dass Bauunternehmen, bei denen Gutscheine eingelöst werden können, ein Vorteil gewährt wird, zum Beispiel wenn die Maßnahme als allgemeine Verwaltungsmaßnahme konzipiert ist. Dies kann der Fall sein, wenn der Mitgliedstaat einzelnen Verbrauchern, die keine wirtschaftliche Tätigkeit im Bereich allgemeine Bauarbeiten ausüben, Gutscheine anbietet, beispielsweise um die Intelligenzfähigkeit von Neubauten und/oder Gebäuden zu gewährleisten. Um in diesem Fall das Vorliegen einer staatlichen Beihilfe auszuschließen, sollten den Endnutzern Gutscheine angeboten werden, die sie bei allen Versorgungsunternehmen (insbesondere auch Anbieter von Strom, Gas, Wasser, gebäudeinterner Verkabelung) für allgemeine Arbeiten einlösen können. Den Endnutzern muss es freistehen, das Bauunternehmen für die allgemeinen Arbeiten selbst auszusuchen und sich von einem Versorgungsunternehmen (einschließlich Betreiber elektronischer Kommunikationsnetze) ihrer Wahl versorgen zu lassen, in dessen Versorgungsbereich ihr Gebäude liegt. Die Möglichkeit, Gutscheine entgegenzunehmen, sollte allen interessierten Betreibern transparent und diskriminierungsfrei angeboten werden (und nicht auf Betreiber elektronischer Kommunikationsdienste beschränkt oder auf diese ausgerichtet sein, sondern allen relevanten Versorgungsunternehmen, z. B. für Strom, Gas, Wasser usw., offenstehen).

8. KEINE BEEINTRÄCHTIGUNG DES HANDELS ZWISCHEN MITGLIEDSTAATEN UND KEINE WETTBEWERBSVERZERRUNG

- (21) In Fällen, die mit sehr geringen öffentlichen Förderbeträgen unter die De-minimis-Verordnung⁵³ oder unter die De-minimis-Verordnung für DAWI⁵⁴ fallen, kann eine Wettbewerbsverzerrung von vornherein ausgeschlossen werden. Bei Fällen, die unter die De-minimis-Verordnung fallen, ist keine vorherige Genehmigung durch die Kommission erforderlich. Über solche öffentliche Unterstützung müssen die Mitgliedstaaten die Kommission noch nicht einmal unterrichten.
- (22) Bei Diensten, die über WLAN-Hotspots in Gebäuden der öffentlichen Verwaltung erbracht werden, um den Bürgern den Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen und Informationen zu ermöglichen, kann unter bestimmten Voraussetzungen davon

⁵² In diesen Fällen müssten die Maßnahmen unter Berücksichtigung der in Abschnitt 3 dieser Leitlinien aufgeführten besonderen Voraussetzungen im Einklang mit dem DAWI-Beschluss oder dem DAWI-Rahmen konzipiert werden, oder sie könnten möglicherweise im Einklang mit den *Altmark*-Kriterien konzipiert werden.

⁵³ Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen (ABl. L 352 vom 24.12.2013, S. 1).

⁵⁴ Verordnung (EU) Nr. 360/2012 der Kommission über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen an Unternehmen, die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erbringen (ABl. L 114 vom 26.4.2012, S. 8).

ausgegangen werden, dass diese den Wettbewerb weder verzerren noch zu verzerren drohen⁵⁵.

⁵⁵ Eine solche Tätigkeit wird als nichtwirtschaftlich angesehen und fällt somit nicht unter die Beihilfevorschriften, wenn über diese WLAN-Netze ausschließlich öffentliche Dienste und Inhalte des öffentlichen Sektors (Websites des öffentlichen Sektors und Websites von Anbietern öffentlicher Dienstleistungen) zugänglich gemacht werden, um sicherzustellen, dass öffentliche Dienstleistungen, die auch offline unentgeltlich verfügbar wären, online frei zugänglich sind (wie zum Beispiel Verwaltungsinformationen, elektronische Behördendienste oder nichtkommerzielle touristische Informationen). Um den nichtwirtschaftlichen Charakter zu wahren, sollten die Mitgliedstaaten nicht zulassen, dass dieses neue Netz kommerziell genutzt wird, um Breitbanddienste für private oder gewerbliche Nutzer zu erbringen; dadurch sollen die Risiken der Substituierbarkeit auf den unbegrenzten Breitbandzugang zum Internet begrenzt werden und die Gefahr von Wettbewerbsverzerrungen gegenüber Dritten, die ähnliche Inhalte und/oder Dienste anbieten, verringert werden (Beschluss C(2007) 2200 der Kommission vom 30. Mai 2007 in der Sache NN24/2007 – Tschechische Republik – Kommunales Mobilfunknetz in Prag (ABl. C 141 vom 26.6.2007, S. 2)).

ANHANG III – TYPISCHE MAßNAHMEN ZUR BREITBANDFÖRDERUNG

- (1) In ihrer Beschlusspraxis war die Kommission mit bestimmten Finanzierungsmechanismen befasst, die von verschiedenen Mitgliedstaaten zur Förderung des Breitbandausbaus genutzt werden und die in der Regel staatliche Beihilfen im Sinne des Artikels 107 Absatz 1 AEUV darstellen, außer wenn die Finanzierung zu marktüblichen Bedingungen im Einklang mit dem Grundsatz des marktwirtschaftlich handelnden Kapitalgebers erfolgt (siehe Anhang II). Die folgende Aufstellung hat nur Beispielcharakter und ist somit nicht erschöpfend, da die staatlichen Stellen weitere Arten der Förderung des Breitbandausbaus entwickeln oder von den beschriebenen Modellen abweichen könnten.
- (2) Lückenfinanzierungsmodell: Im Rahmen des Lückenfinanzierungsmodells unterstützt der Mitgliedstaat den Ausbau von Festnetzen oder Mobilfunknetzen, indem er die Lücke zwischen dem, was wirtschaftlich tragfähig ist, und dem Ziel, das die beihilfegewährende Behörde erreichen möchte, finanziert⁵⁶. Der Mitgliedstaat⁵⁷ gewährt Breitbandinvestoren⁵⁸ direkte finanzielle Zuschüsse oder Subventionen für die Konzeption, den Aufbau, die Verwaltung und die kommerzielle Nutzung eines Netzes unter Berücksichtigung der damit erzielten Einnahmen und eines angemessenen Gewinns. Beim Lückenfinanzierungsmodell wird ein angemessener Gewinn als die Kapitalrendite ermittelt, die ein Investor in Anbetracht des spezifischen Risikoniveaus des Breitbandsektors und der Art der erbrachten Dienstleistungen verlangen würde. Die erforderliche Kapitalrendite wird in der Regel durch die gewichteten durchschnittlichen Kapitalkosten (WACC) bestimmt. Bei der Ermittlung der Höhe eines angemessenen Gewinns können die Mitgliedstaaten auch Anreizkriterien zugrunde legen, die sich insbesondere auf die Qualität der erbrachten Dienstleistungen sowie Effizienz- und Produktivitätsgewinne beziehen. Effizienzgewinne dürfen die Qualität der erbrachten Dienstleistung nicht beeinträchtigen. Etwaige Vorteile im Zusammenhang mit Produktivitäts- und Effizienzgewinnen müssen so festgesetzt werden, dass eine ausgewogene Aufteilung dieser Gewinne zwischen dem Breitbandinvestor und dem Mitgliedstaat und/oder den Endnutzern möglich ist. Beim Lückenfinanzierungsmodell steht die aufgebaute Infrastruktur vollständig im Eigentum des Beihilfeempfängers, der die mit dem Aufbau der neuen Infrastruktur und der Anwerbung einer ausreichenden Anzahl von Kunden verbunden Risiken trägt.
- (3) Sachleistungen: In diesem Fall unterstützen die Mitgliedstaaten den Ausbau von Festnetz- oder Mobilfunk-Breitbanddiensten, indem sie den Betreibern elektronischer Kommunikationsdienste bestehende oder neu errichtete Infrastruktur zur Verfügung stellen. Diese Unterstützung kann in vielerlei Form erfolgen; am häufigsten erfolgt sie, indem die Mitgliedstaaten passive Breitbandinfrastruktur bereitstellen, indem sie Tiefbauarbeiten durchführen (zum Beispiel eine Straße aufgraben), Leerrohre oder unbeschaltete Glasfaserleitungen verlegen oder Zugang zu bestehender Infrastruktur gewähren (zum Beispiel Leerrohre, Pfähle oder Türme).

⁵⁶ Der Begriff „Lückenfinanzierung“ bezieht sich auf die Differenz zwischen den Investitionskosten und den während der Lebensdauer des Netzes erwarteten Gewinnen.

⁵⁷ Oder eine Beihilfebewilligungsbehörde.

⁵⁸ Der Begriff „Investor“ bezeichnet Unternehmen oder Betreiber elektronischer Kommunikationsnetze, die in den Auf- und Ausbau von Breitbandinfrastruktur investieren.

- (4) Direktinvestitionsmodell: Bei dem Direktinvestitionsmodell baut der Mitgliedstaat ein Festnetz oder ein Mobilfunknetz auf und betreibt es direkt über eine Stelle der öffentlichen Verwaltung oder über einen internen Betreiber⁵⁹. Das staatlich geförderte Netz wird häufig als reines Vorleistungsnetz mit dem Ziel betrieben, es den Anbietern von Breitbanddiensten für Endkunden diskriminierungsfrei zur Verfügung zu stellen.
- (5) Konzessionsmodell: Beim Konzessionsmodell finanziert der Mitgliedstaat den Ausbau eines Festnetz- oder Mobilfunk-Breitbandnetzes für die elektronische Kommunikation, das im öffentlichen Eigentum verbleibt, mit dessen Betrieb jedoch im Wege eines wettbewerblichen Auswahlverfahrens ein Anbieter elektronischer Kommunikationsdienste beauftragt wird, der das Netz verwalten und kommerziell nutzen soll. Das Netz kann von einem Betreiber elektronischer Kommunikationsdienste betrieben werden, der ausschließlich Dienstleistungen auf Vorleistungsebene erbringt oder alternativ Dienste sowohl auf Vorleistungsebene als auch für Endkunden erbringt.

⁵⁹ Beschluss C(2011) 7285 final der Kommission vom 19. Oktober 2011 in der Sache N 330/2010 – Frankreich – Nationales Programm „Très Haut Débit“ – Volet B (ABl. C 364 vom 14.12.2011, S. 2), in dem verschiedene Interventionsmodalitäten geregelt sind, unter anderem eine Regelung, nach der die Gebietskörperschaften eigene Breitbandnetze in Eigenregie betreiben können.

ANHANG IV – VON DEN MITGLIEDSTAATEN AUFGRUND VON TRANSPARENZVERPFLICHTUNGEN ZU VERÖFFENTLICHENDE INFORMATIONEN

Die unter Randnummer 202 Buchstabe b der Leitlinien genannten Informationen zu Einzelbeihilfen müssen Folgendes umfassen⁶⁰:

— Identität des Empfängers der Einzelbeihilfe

— Name

— Identifikator des Beihilfeempfängers

— Art des Beihilfeempfängers zum Zeitpunkt der Antragstellung:

— KMU

— Großunternehmen

— Region, in der der Beihilfeempfänger seinen Standort hat, auf NUTS-2-Ebene oder darunter

— Hauptwirtschaftszweig oder -tätigkeit des Beihilfeempfängers im Hinblick auf die betreffende Beihilfe unter Angabe der NACE-Gruppe (dreistelliger numerischer Code)⁶¹

— Beihilfeelement in voller Höhe, in Landeswährung. Bei Beihilferegulungen in Form von Steuervergünstigungen können die Angaben zu den Beihilfebeträgen je Beihilfeempfänger⁶² in folgenden Spannen angegeben werden (in Mio. EUR):

— [0,1–0,5];

— [0,5–1];

— [1–2];

— [2–5];

— [5–10];

— [10–30];

— [30–60];

— [60–100];

— [100 und mehr].

— Falls abweichend vom Beihilfeelement, Nominalbetrag der Beihilfe in voller Höhe, in Landeswährung⁶³

⁶⁰ Mit Ausnahme von Geschäftsgeheimnissen und sonstigen vertraulichen Auskünften in hinreichend begründeten Fällen und vorbehaltlich der Zustimmung der Kommission (Mitteilung der Kommission zum Berufsgeheimnis in Beihilfeentscheidungen, C(2003) 4582 (ABl. C 297 vom 9.12.2003, S. 6)).

⁶¹ Verordnung (EG) Nr. 1893/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 zur Aufstellung der statistischen Systematik der Wirtschaftszweige NACE Revision 2 und zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3037/90 des Rates sowie einiger Verordnungen der EG über bestimmte Bereiche der Statistik (ABl. L 393 vom 30.12.2006, S. 1).

⁶² Zu veröffentlichen ist der zulässige Höchstbetrag der Steuervergünstigung und nicht der jedes Jahr abgezogene Betrag (so ist z. B. im Fall von Steuergutschriften der zulässige Höchstsatz der Gutschrift zu veröffentlichen und nicht der tatsächliche Betrag, der von den steuerpflichtigen Erträgen abhängen und sich von Jahr zu Jahr ändern kann).

⁶³ Bruttosubventionsäquivalent bzw. ggf. Investitionsbetrag. Bei Betriebsbeihilfen kann der jährliche Beihilfebetrags pro Beihilfeempfänger angegeben werden. Bei steuerlichen Regelungen kann dieser Betrag

— Beihilfeinstrument⁶⁴:

- Zuschuss/Zinszuschuss/Erlass von Verbindlichkeiten
- Darlehen/rückzahlbare Vorschüsse/rückzahlbarer Zuschuss
- Garantie
- Steuerermäßigung oder Steuerbefreiung
- Risikofinanzierung
- Sonstiges (bitte angeben)
- Tag der Gewährung und Tag der Veröffentlichung
- Ziel der Beihilfe

— Name der Bewilligungsbehörde(n)

— Gegebenenfalls Name der betrauten Einrichtung und Namen der ausgewählten Finanzintermediäre

— Verweis auf die Beihilfemaßnahme, wie in dem gemäß diesen Leitlinien genehmigten Beschluss angegeben

in den unter Rn. 139 aufgeführten Spalten angegeben werden. Zu veröffentlichen ist der zulässige Höchstbetrag der Steuervergünstigung und nicht der jedes Jahr abgezogene Betrag (so ist z. B. im Fall von Steuergutschriften der zulässige Höchstsatz der Gutschrift zu veröffentlichen und nicht der tatsächliche Betrag, der von den steuerpflichtigen Erträgen abhängen und sich von Jahr zu Jahr ändern kann).

⁶⁴ Falls die Beihilfe mithilfe mehrerer Beihilfeinstrumente gewährt wird, muss der Beihilfebetrags für jedes Instrument angegeben werden.

ANHANG V – VON DEN MITGLIEDSTAATEN AUFGRUND DER BERICHTERSTATTUNGSPFLICHTEN BEREITZUSTELLENDEN INFORMATIONEN

Der unter Randnummer 208 der Leitlinien genannte Bericht muss für den betreffenden Berichtszeitraum und für jedes einzelne Vorhaben, das in Anwendung einer nach diesen Leitlinien genehmigten Beihilfemaßnahme durchgeführt wird, folgende Angaben enthalten:

- Name des Beihilfeempfängers bzw. der Beihilfeempfänger
- Gesamtkosten (oder geschätzte Gesamtkosten) des Vorhabens und Durchschnittskosten pro erschlossenem Gebäude (definiert nach Absatz 10 von Anhang I)
- Gewährter Beihilfebetrug und Beihilfeausgaben
- Beihilfeintensität
- Quellen der Finanzierung aus öffentlichen Mitteln
- Abdeckungsraten vor und nach der staatlichen Maßnahme (absolut und prozentual)
- Bei Vorhaben zur Unterstützung des Ausbaus elektronischer Kommunikationsinfrastruktur:
 - Datum der Inbetriebnahme der Infrastruktur;
 - Technologie, die in der staatlich geförderten Infrastruktur eingesetzt wird;
 - Mindest- und Durchschnittsgeschwindigkeiten (Up- und Download) der angebotenen Dienste;
 - Angebotene Produkte für den Zugang auf Vorleistungsebene, einschließlich Zugangsbedingungen und Preise/Preisgestaltungsmethoden. Bei angemessener Nachfrage angeforderte Produkte für den Zugang auf Vorleistungsebene und Behandlung solcher Anfragen;
 - Anzahl der Zugangsinteressenten und Diensteanbieter, die den Zugang auf Vorleistungsebene nutzen;
 - Anzahl der Haushalte und Unternehmen, die von der staatlich geförderten Infrastruktur erschlossen werden;
 - Nutzungsquoten.
- Bei Vorhaben zur Förderung der Nutzung elektronischer Kommunikationsdienste, etwa durch Gutscheine:
 - Laufzeit der Beihilfemaßnahme;
 - Gutscheinwert;
 - Geförderte Breitbandnutzungsverträge/Breitbanddienste einschließlich der Förderung für Kundengeräte oder für die interne Verkabelung im Gebäude und/oder für Anschlussleitungen in einem privaten Wohnhaus;
 - Die Nutzungsquoten und die Anzahl der Endnutzer, die von der Beihilfemaßnahme profitiert haben (nach Kategorien, z. B. einzelne Endnutzer

und KMU, und nach Art der geförderten Breitbandnutzungsverträge/Breitbanddienste);

- Anzahl der förderfähigen Breitbanddiensteanbieter;
- Anzahl der Breitbanddiensteanbieter, die tatsächlich von der Beihilfemaßnahme profitiert haben;
- Entwicklung der Marktposition der Betreiber nach Art der geförderten Breitbandnutzungsverträge/Breitbanddienste unter Berücksichtigung der entsprechenden Infrastruktur und Technologien (d. h. FTTH, FTTC, DOCSIS, FWA usw.);
- Vorleistungs- und Endkundenpreise vor und nach Durchführung der Maßnahme.